

Die Kostenexplosion treibt die Wiener in die Armut

Während sich die Preisspirale immer schneller dreht, schaut die Wiener Stadtregierung tatenlos dabei zu, wie die Bürgerinnen und Bürger sukzessive in die Armut rutschen. Anstatt proaktiv gegen die stetig steigende Teuerung vorzugehen, dreht Wien selbst noch kräftig an der Gebührenschaube. So wird weder das Valorisierungsgesetz ausgesetzt, noch der Richtwertmietzins im Gemeindebau – und das obwohl es eine Forderung von Partei-Chefin Rendi-Wagner im Bund ist. Daher haben wir Freiheitliche eine Sondersitzung des Wiener Landtages angefordert, um unsere freiheitlichen Initiativen zur Kostensenkung einzubringen.

Dort wo die SPÖ und Bürgermeister Ludwig die Verantwortung tragen, nämlich im Gemeindebau, kommt es zu einer Mietexplosion von unfassbaren 26 Millionen Euro. Das sind 300 Euro pro Jahr mehr an Mietkosten. Und das, obwohl Ludwig als Wohnbaustadtrat die Wiener Gemeindebauten verfallen hat lassen und die Mieter nicht einmal neue Fenster bekommen. Fakt ist, dass überall dort, wo die SPÖ regiert, kräftig abkassiert wird. Die Tatsache, dass am 1. Mai nur mehr knapp 2000 Genossen am Rathausplatz anwesend waren, zeigt, dass auch die eigenen roten Funktionäre über diese Gebührenerhöhungen und Mietpreisteigerung empört sind und sich von ihrer Partei abwenden.

Die FPÖ-Wien fordert umgehend eine Tariffremse bei Gas und Strom einzuführen, die letzte Erhöhung aufgrund der Valorisierungsverordnung rückgängig zu machen, eine Neuverhandlung des sogenannten „Klimabonus“ mit dem Bund, eine Halbierung der Mineralölsteuer und eine Aussetzung der CO2-Steuer in die Wege zu leiten. Das Credo von Rot-Pink lautet: Bürger abzocken, wo es nur geht.

Während die heimische Bevölkerung unter der Teuerungswelle leidet, werden in Wien weiter horrend Summen an Mindestsicherung an Ausländer ausbezahlt. So ist die Zahl der Mindestsicherungsbezieher seit dem Jahr 2000 von 41.800 auf über 130.000 gestiegen, der Anteil der Ausländer von 24 Prozent auf über 60 Prozent. Während die Stadt Wien jährlich 750 Millionen Euro an Mindestsicherung ausgibt, sind es in Oberösterreich lediglich 39 Millionen Euro. Die rot-pinke Stadtregierung gibt eine halbe Milliarden Euro für Menschen aus, die keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Sogar Personen mit einem rechtsgültigen Abschiebebescheid, die längst nach Hause gehören, erhalten 950 Euro an Mindestsicherung. Es muss endlich Schluss damit sein, dass im linken Schlaraffenland unser Steuergeld in die ganze Welt exportiert wird.

Euer

Stadtrat Dominik Nepp
FPÖ-Landesparteiobmann



Wussten Sie, dass ...

... Wussten Sie, dass von den 128.454 Personen, die in Wien monatlich 970 Euro Mindestsicherung beziehen, lediglich 53.730 Österreicher sind?

Bleib' auch Digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoevien](https://www.facebook.com/fpoevien)

 Internet www.fpoe-wien.at



Impressum:
Freiheitliche Partei
Österreichs (FPÖ),
Landesgruppe Wien,
Rathausplatz 8, 1010 Wien,
Erscheinungsort: Wien,
Verlagspostamt: 1010 Wien,
Verlags- und
Herstellungsort: Wien
Österreichische Post AG/SP
052036406 S

Wie man in Wien auf Millionen Euro verzichtet...

Beitrag von **MAXIMILIAN KRAUSS**, Klubobmann FPÖ-Wien



Nichts scheint der Wiener Landesregierung ferner als das Verständnis für Wirtschaftlichkeit. Während die Lösung für das Stopfen des Budgetlochs, das immer größer wird, offenbar allein darin liegt, die Bürger zu schröpfen, lässt man potentielle Einnahmen einfach liegen.

Der Wiener Stadtrechnungshof hat nun aufgedeckt, dass der Stadt Millionen Euro an Parkgebühren entgehen, weil sie den beauftragten Betreiber der Bäderparkplätze schlicht nicht kontrolliert – und das seit Jahren! Eine Firma ist für die Bestellung sämtlicher Bäderparkplätze, außer dem beim Hütteldorfer Bad, zuständig, kommt dabei aber ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht nach. Wie der Stadtrechnungshof nun belegen konnte, wurden einige Parkplätze aus fadenscheinigen Gründen gar nicht bewirtschaftet, was für die Stadt einen nicht unerheblichen Einnahmefall bedeutet. Des Weiteren gab die betreffende Firma keine konkreten Zahlen über die Auslastung der bewirtschafteten Parkplätze an die MA44 weiter – die ihrerseits wiederum dies auch nicht einforderte. Dadurch konnten die eingemeldeten Umsatzzahlen nicht auf ihre Richtigkeit überprüft werden und wieder kam es zu einem monetären Schaden für die Stadt, da diese umsatzbeteiligt ist.

Die MA44 ist ihrer Kontrollpflicht nicht nachgekommen, wodurch der Stadt Wien Millionen Euro entgangen sind. So ein Vorgehen ist grob fahrlässig. Stadtrat Wiederkehr beweist einmal mehr seine absolute Regierungsunfähigkeit! Er ist hier in die Pflicht zu nehmen und wird sich erklären müssen, wie es zu so einem Missstand, der in seinem Ressort offenbar zum Alltag gehört, kommen kann.

Für die Badegäste ist zudem ärgerlich, dass die beauftragte Firma auf der Bäderwebsite der Stadt keine korrekte Auskunft über die verfügbare Anzahl an Parkplätzen gibt – von einem Auslastungstool ganz zu schweigen!

Ein weiterer Punkt auf der Mängelliste des Stadtrechnungshofberichtes ist die nicht korrekt ausgewiesene Zahl an Dauerstellplätzen. Auch hier wurden der MA44 keine validen Zahlen geliefert, auch hier wurden diese nicht eingefordert. Dauerparken ist eine sichere und lukrative Einnahmequelle für die Stadt, ob diese voll ausgeschöpft wurde, kann jedoch nicht festgestellt werden. Transparenzstadtrat Wiederkehr muss die Verträge vollumfänglich offenlegen und eine Evaluierung möglicher Vertragsausstiegsszenarien vor den zuständigen gemeinderätlichen Gremien präsentieren.





Zwischen den Wienzeilen droht KH Nord 2.0 - Naschmarkt-Flohmarkt vor dem Aus

Toni Mahdalik und FPÖ-Mariahilf Bezirkschef Leo Kohlbauer sind sich sicher: Rund um das „kooperative Verfahren zwischen den Wienzeilen“ droht ein zweiter Krankenhaus-Nord-Skandal. Nachdem die ersten 856.000 Euro bereits für heiße Luft budgetiert wurden, ist mit der Expertise des KH-Nord Architekten Wimmer auch dafür gesorgt, dass weitere Millionen im Planungschaos versenkt werden könnten.

Auch die weitere Besetzung der „Auswahlkommission“ lässt darauf schließen, dass die Wünsche und Vorstellungen der roten Stadträtin Ulli Sima hundertprozentig umgesetzt werden. Denn neben Wimmer haben auch alle anderen Mitglieder eine auffallende Nähe zur SPÖ oder zur Stadtverwaltung. SPÖ-Bezirkschef Rumelhart und weisungsgebundene Beamte aus den Fachabteilungen runden die Kommission ab. Es ist als absolute Chuzpe zu bezeichnen, dass Bürgerinitiativen als die echten Bürgervertreter nicht eingeladen wurden. All diese Vorgänge lassen darauf schließen, dass Sima bereits

längst entschieden hat, wie die Fläche zwischen den Wienzeilen umgestaltet werden soll. Wenn man die bereits präsentierten Ideen analysiert, ist klar, dass alle Stellplätze vernichtet werden und der Flohmarkt in seiner jetzigen Form auch der Geschichte angehören wird. Veranstaltungen wie das „Kino am Naschmarkt“ werden nach der Neugestaltung keinen Platz mehr haben. Wird das Vorhaben in dieser Form umgesetzt, geht ein Stück Wiener Geschichte und Tradition verloren. Denn der Naschmarkt-Flohmarkt ist seit vielen Jahren ein fixer Treffpunkt von Flohmarkt-Liebhabern aus allen Bezirken.

Die FPÖ fordert deshalb den Stopp des Projektes in der jetzigen Form und die Umsetzung der bereits in der Bezirksvertretung Mariahilf beschlossenen Begegnungszone auf der Kettenbrücke, sowie die Erweiterung des Naschmarktes hinter dem Marktamt. Es wäre wünschenswert, würde man im Rathaus endlich einmal den Wünschen der Bürger nachkommen.

Vizebürgermeister Wiederkehr – zum farblosen Pinken mutiert

Der aktuelle Vertuschungsskandal rund um die Missbrauchsvorwürfe in einem städtischen Kindergarten bringt das Fass zum Überlaufen und zeigt, dass Wiederkehr in seinem Amt völlig überfordert ist. Seit seinem Amtsantritt vor rund eineinhalb Jahren regiert in seinen Ressorts das Chaos, seine Politik ist geprägt von Pleiten, Pech und Pannen.

Seine Bilanz nach gut eineinhalb Jahren Regierungsbeteiligung liest sich wie die Chronik des Versagens:

- Bei der MA35 (Einwanderungsbehörde) wurden alleine im Jahr 2021 insgesamt 280 Verfehlungen festgestellt. Anrufe von Bürgern werden ignoriert, Akten bleiben teilweise mehrere Jahre unbearbeitet.
- Nach der Neuverteilung der Lehrerposten durch Stadtrat Wiederkehr müssen viele Wiener Pflichtschulen mit weniger Lehrern auskommen, obwohl die Zahl der Schüler deutlich steigt. Der pinke Bildungsstadtrat ist für diese Lehrereinsparung verantwortlich.
- In den Wiener Kindergärten (besonders am Stadtrand) herrscht akuter Personalmangel. Unzählige Kindergärtnerinnen und Kindergärtner wandern ins Umland nach Niederösterreich ab, weil dort bessere Arbeitsbedingungen wie höhere Gehälter und kein Parkpickerl-Zwang herrschen. Wiederkehr ist wieder völlig untätig.
- Die NEOS unter Wiederkehrs Führung haben den roten Gebührenerhöhungen zugestimmt, obwohl sie in der Opposition immer für eine Streichung des Valorisierungsgesetzes eingetreten sind. Wiederkehr und Co. haben ihre Grundsätze und Haltungen für ein paar Posten verkauft und verraten.

- Wiederkehr hat sich entgegen der pinken Bundeslinie für die Maskenpflicht in Schulklassen ausgesprochen. Auch Luftfilteranlagen wurden nicht ausreichend angeschafft.
- Die Situation an den Wiener Schulen wird zusehends schlimmer – Gewalt und Mobbing stehen am Stundenplan. Vor allem an den Mittelschulen gibt es massive Probleme, die von den Verantwortlichen der Stadt – allen voran dem NEOS Bildungsstadtrat Wiederkehr – gekonnt ignoriert werden.

Von den groß angekündigten Maßnahmen der NEOS, mehr Transparenz im Bereich des tiefroten Systems der Stadt Wien zu schaffen, ist nichts mehr übrig geblieben. Eine pinke Blamage der Sonderklasse.

